

SVP scheitert mit Senkung per 2012

Motorfahrzeugsteuern Der Grosse Rat beschliesst Verschiebung auf 2013 per Gesetz

VON C. ZINGG / SDA UND B. UTZ

Die Berner und Bernerinnen sollen erst ab 2013 von tieferen Motorfahrzeugsteuern profitieren. Das hat der Grosse Rat am Montag mit 95 zu 37 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen. Die SVP blieb chancenlos mit ihrem Begehren, die Inkraftsetzung auf 2012 vorzusehen.

Ob damit das letzte Wort gesprochen ist, bleibt allerdings unklar. SVP-Sprecher Andreas Blank (Aarberg) stellte jedenfalls infrage, ob der Grosse Rat überhaupt befugt ist, das Datum der Inkraftsetzung im Volksvorschlag zu verändern. Auch diese Frage wird nun womöglich zum Juristenfutter. Namens der Justizkommission (Juko) erklärte Präsident Christoph Stalder (FDP/Bern), die Juko habe mit 7 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen entschieden, die Verschiebung sei rechtmässig.

Die Motorfahrzeugsteuern beschäftigen die Anwälte seit langem. Das Volk hatte im Februar 2011 den Volksvorschlag für deutlich tiefere Steuern mit einem hauchdünnen Vorsprung von 363 Stimmen (bei insgesamt 351 000 gültigen Stimmen) gegenüber der ebenfalls angenommenen Ecotax-Vorlage gutgeheissen. Die Inkraftsetzung war für 2012 geplant, doch dann geriet die Vorlage in die Mühlen der Justiz. Das Verwaltungsgericht entschied, das extrem knappe Abstimmungsresultat müsse überprüft werden. Doch die darauf vom Regierungsrat angeordnete Nachzählung war gar nicht möglich, weil 29 Gemeinden das Stimmmaterial schon weggeworfen hatten. Der Regierungsrat möchte die Abstimmung deshalb am 11. März 2012 wiederholen lassen.

März-Termin unsicher

Allerdings ist dieser Termin unsicher, wie Staatschreiber Kurt Nuspliger im Parlament deutlich machte: Sollte sich das Bundesgericht nicht spätestens Anfang 2012 mit der hängigen SVP-Beschwerde befassen, dürfte der März-Termin ebenfalls ins Wasser fallen.

Die SVP machte im Grossen Rat deutlich, dass sie ihren Kurs weiterverfolgt: Auf juristischem Weg will sie erwirken, dass das ursprüngliche



Polizeidirektor Käser im Gespräch mit dem früheren Ecotax-Kommissionspräsidenten Hadorn.

Abstimmungsresultat doch zählt – und sollte doch eine Wiederholung des Urnengangs nötig sein, müsste die Inkraftsetzung rückwirkend auf Anfang auf 2012 möglich sein.

Zweifel an Vollzugsproblemen

«Manchmal hat man den Eindruck, das Lebensglück der Berner hänge von dieser Motorfahrzeugsteuer ab», mokierte sich Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP). Er betonte, die Inkraftsetzung auf 2012 sei technisch gar nicht möglich. Käser verwies auf die 500 000 Rechnungen, welche das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA) jeweils zu Beginn des Jahres versenden müsse. «Darauf muss das SVSA jeweils rund 55 000 Telefonanrufe erledigen.» Die 725 000 Motorfahrzeuge im Kanton Bern hätten täglich bis zu 1000 Mutationen zur Folge. Käser: «Das ist ein sehr komplexes Massengeschäft.»

Die SVP kaufte ihm das nicht ab, und auch die EDU war für Nichteintreten auf die Inkraftsetzungsvorlage. Die Fraktionssprecherinnen Margreth Schär (SP/Lyss) und Rita Haudenschild (Grüne/Spiegel) riefen alle

«Manchmal hat man den Eindruck, das Lebensglück der Berner hänge von dieser Motorfahrzeugsteuer ab.»

Hans-Jürg Käser, Regierungsrat

Beteiligten auf, dem «Trauerspiel» endlich ein Ende zu bereiten: Es brauche rasch einen zweiten Urnengang und dann die zügige Umsetzung des Volkswillens. Auch BDP (Dieter Widmer, Wanzwil), FDP (Adrian Kneubühl, Nidau) und EVP Marc

Jost, Thun) sprachen sich für diesen Weg aus. Alles andere sei «töipelen», sagte Franziska Schöni (GLP/Bremgarten). Widmer appellierte an den «gesunden Menschenverstand»: Ihm werde angesichts der drohenden Konsequenzen «fasch gschmuech», so der BDP-Sprecher.

Hannes Flückiger wartet ab

Der Ball liegt nun auch bei den Initianten des Volksvorschlags. Sie könnten die Frage der Inkraftsetzung auf juristischem Weg weiterverfolgen. Auf Anfrage wollte sich gestern der «Vater» des Volksvorschlags, der Auswiler Garagier Hannes Flückiger, auf die Frage ob er das Referendum gegen den Gesetzesbeschluss des Grossen Rates ergreifen werde, nicht konkret äussern: «Kein Kommentar. Ich warte zuerst die Antwort des Regierungsrates auf mein «Einschreiben» von vergangener Woche ab.»

Nachrichten

SP-Fraktion Wüthrich ist neuer Vizepräsident



Der Huttwiler Grossrat Adrian Wüthrich ist neuer Vizepräsident der SP-Fraktion. Wüthrich gehört dem Kantonsparlament seit 2010 an. Der 31-Jährige war unter anderem Gründungspräsident des Jugendparlaments Oberaargau, Präsident der Juso Kanton Bern und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern. In Huttwil ist Wüthrich Gemeinderat. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Wüthrich löst in der Fraktion Bernhard Antener ab. Der Langnauer soll im Juni 2012 zum 1. Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt werden und somit ein Jahr später den Grossen Rat präsidieren. (UZ)

Studiengebühren SUB protestiert mit Petition

Eine Petition mit 5135 Unterschriften überreichten gestern Morgen Vertreter des Verbandes der Berner Fachhochschule und der StudentInnenenschaft der Universität Bern an Grossratspräsident Beat Giauque (FDP). Mit der Bittschrift protestieren die Studierenden gegen die vom Regierungsrat in seinem Entlastungspaket vorgesehene Erhöhung der Studiengebühren um 300 Franken pro Jahr. Die Mehreinnahmen von jährlich 3,5 Millionen Franken sind zur Verbesserung des Kantonsbudgets geplant. Der Grosse Rat entscheidet nächste Woche über eine entsprechende Motion von Corinne Schärer (Grüne). (UZ)

Korrigendum Schmidli wohnt in Bätterkinden

In der Berichterstattung zum HIV-Gemeinderatung vom vergangenen Freitag, 18. November, ist uns ein Fehler unterlaufen: Der im Artikel zitierte Hermann Schmidli ist nicht Gemeindepräsident von Utzenstorf. Schmidli übt dieses Amt in Bätterkinden aus. Wir bitten um Entschuldigung. (UZ)

Bürgerliche kritisieren Egger

Beschwerde Dieter Widmer (Wanzwil), Peter Brand (Münchenbuchsee), Adrian Kneubühler (Nidau) und Alfred Schneider (Thierachern), die Präsidenten der vier bürgerlichen Fraktionen BDP, SVP, FDP und EDU sind unzufrieden bezüglich Äusserungen von Regierungsrätin Barbara Egger (SP). In einem Brief an Regierungspräsident Bernhard Pulver (Grüne) zeigen sich die vier Präsidenten erstaunt, dass sich ein Mitglied des Regierungsrates «derart despektierlich» über den Grossen Rat äussere. Diese Feststellung bezieht sich auf Aussagen von Egger im Zusammenhang mit dem Kauf von zwei SBB-Gebäuden in der Stadt Bern. Gegenüber Journalisten hatte Egger die vom Grossen Rat beschlossene Kürzung des Kaufkredites von 63,5 auf 61,2 Millionen Franken kritisiert. Der Grosse Rat, welchem keine Experten angehört, habe einfach das Budget gekürzt. «Das macht eine Regierung unglaubwürdig.»

Solche Meinungsäusserungen seien einer guten Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament nicht förderlich, heisst es im Brief, der dem az Langenthaler Tagblatt vorliegt. Der Grosse Rat habe den Kredit wegen eines zu hohen Landpreises gekürzt und so dem Kanton gut zwei Millionen Franken gespart. (UZ)



Andrea Lüthi und Verena Kipfer vereidigt

Andrea Lüthi (SP/Burgdorf) und Verena Kipfer (BDP/Stettlen) wurden gestern als neue Grossrätinnen vereidigt. Lüthi folgt für die zurückgetretene Danielle Lemann (Langnau). Kipfer rutschte für Lorenz Hess

(Stettlen) nach, der wegen seiner Wahl in den Nationalrat zurückgetreten ist. Nächste Woche wird noch Markus Aebi (SVP/Hellsau) vereidigt. Er folgt auf Neo-Nationalrätin Nadia Pieren (Burgdorf). (UZ)

Parlament will kantonale Lösung

Vormundchaftswesen Der Grosse Rat wird auf einer kantonalen Lösung für den Kindes- und Erwachsenenschutz beharren. Das wurde am Montag zum Auftakt der Debatte über die Neuregelung des Vormundchaftswesens deutlich. Sprecher der Grünen, der SVP und der BDP sprachen sich klar dafür aus, dass zwölf kantonale Fachbehörden geschaffen werden. Bereits die vorberatende

Kommission hatte sich für die kantonale Lösung ausgesprochen. Der Regierungsrat hatte dieses Jahr ursprünglich eine solche Lösung präsentiert, doch vollzog er im Sommer wegen der knappen Kantonskasse eine Kehrtwende: Das kommunale Modell brächte Einsparungen von etwa fünf Millionen Franken. Die Fraktionssprecher liessen sich von diesem Argument nicht beeindrucken. (SDA)

Rat verschiebt Sex-Gesetz

Prostitutionsgesetz Der SVP-Fraktion war das neue Prostitutionsgesetz schon immer suspekt. Gestern beantragte nun Christian Hadorn (SVP/Ochlenberg), der Grosse Rat solle die Beratung auf die weniger überlastete Januar-Session verschieben. «Zudem können wir die Zeit nutzen, eine Lösung zu finden, damit auch wir mit dem Gesetz zurecht kommen», erklärte Hadorn. Der Antrag kam längst nicht allen Fraktionen gelegen. Die Sprecher von BDP, SP, und Grünen zeigten sich bereit, das Gesetz jetzt zu beraten. Im gleichen Sinn äusserte sich auch Christine Häslar (Grüne/Burglauenen), die Präsidentin der vorberatenden grossrätlichen Kommission: «Die Kommission hat gute Arbeit geleistet. Wir sind bereit.»

Polizeidirektor Hans-Jürg Käser stellte fest: «Ich staune über die Belieblichkeit, die im Grossen Rat um sich greift. Beim Gesetz über die Motorfahrzeugsteuern wird der Regierung vorgeworfen, sie verzögere alles.» Er könne zwar mit der Verschiebung leben, im Januar werde die Traktandenliste aber wiederum reich befrachtet sein. Trotz Käasers Mahnung verschob der Grosse Rat die Gesetzesberatung sowie zwei zum Thema gehörende Motionen mit 94 zu 54 Stimmen bei 6 Enthaltungen. (UZ)

Steuerpflichtig 10 170 Jugendliche automatisch

Sechzehnjährige werden im Kanton Bern automatisch ins Steuerregister aufgenommen und müssen dann jedes Jahr eine Steuererklärung einreichen, unabhängig davon, ob sie bereits ein Einkommen erzielen oder nicht. Neu eine Steuererklärung ausfüllen müssen im 2012 daher 10 170 Jugendliche mit Jahrgang 1995, schreibt Kommunikation Kanton Bern in einer Medienmitteilung vom Montag. Sie erhalten keine herkömmliche Steuererklärung auf Papier, sondern direkt ihre persönlichen Zugangsinformationen für TaxMe-Online. Da sie mit modernen Kommunikationsmitteln vertraut sind, können sie auf diese Weise bereits ihre erste Steuererklärung via Internet ausfüllen. Dass die Jugendlichen diesen Weg bevorzugen, zeigt die Statistik des letztjährigen Versandes: Über 60 Prozent der 16-Jährigen haben ihre erste Steuererklärung mit TaxMe-Online ausgefüllt; im Vergleich mit allen eingereichten Steuererklärungen sind das doppelt so viele. Nur wer es explizit wünscht, dem schickt die Steuerverwaltung die Formulare in Papierform zu. (KBE)